

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 11.09.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

| | |
|----------------------------------|---|
| Frau Ute Haupt | DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale) |
| Herr Bernhard Bönisch | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Herr Manfred Czock | Sachkundiger Einwohner |
| Herr Andreas Schachtschneider | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Frau Susanne Willers | Sachkundige Einwohnerin |
| Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Herr Dr. Tarek Ali | Sachkundiger Einwohner |
| Herr Marcel Kieslich | DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale) |
| Herr Jan Röttschke | Sachkundiger Einwohner |
| Herr Thomas Schied | DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale) |
| Herr Eric Eigendorf | SPD-Fraktion Halle (Saale) |
| Herr Dr. Felix Peter | Sachkundiger Einwohner |
| Frau Satenik Roth | Sachkundiger Einwohner |
| Herr Bernward Rothe | SPD-Fraktion Halle (Saale) |
| Frau Sabine Wolff | Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM |
| Frau Annette Wunderlich | Sachkundige Einwohnerin |
| Frau Elisabeth Krausbeck | Sachkundige Einwohnerin |
| Frau Melanie Ranft | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
| Frau Gisela Wagner | Stadträtin |
| Herr Jörg Baus | Verwaltung |
| Herr Dr. Toralf Fischer | Verwaltung |
| Herr Thomas Godenrath | Verwaltung |
| Frau Dr. Christine Gröger | Verwaltung |
| Herr Tobias Kogge | Beigeordneter |
| Frau Petra Schneutzer | Verwaltung |
| Frau Dr. Uta Schwarzer | Verwaltung |
| Frau Susanne Wildner | Verwaltung |
| Frau Annerose Winter | Verwaltung |

Entschuldigt fehlen:

| | |
|---------------------|----------------------------------|
| Herr Norwin Dorn | Seniorenrat |
| Frau Helga Schubert | LIGA der freien Wohlfahrtspflege |
| Frau Dr. Gröger | Fachbereich Gesundheit |
| Frau Dr. Schwarzer | Fachbereich Gesundheit |

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, DIE LINKE/DIE PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ute Haupt , Ausschussvorsitzende, schlug folgende Änderungen vor:

TOP 6.1 Bestellung der Protokollführerin als TOP 3

TOP 5 Vorstellung der Mitglieder des Ausschusses und der Fachbereiche Soziales und Gleichstellung. Der Fachbereich Gesundheit wird heute nicht vorgestellt sondern erst zur nächsten Sitzung.

Sie rief zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Bestellung einer Protokollführerin
Vorlage: VI/2014/00049
4. Genehmigung der Niederschrift vom 05.06.2014
5. Vorstellung der Mitglieder des Ausschusses und des Geschäftsbereiches Bildung und der Bereiche
6. Benennung der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses
7. Bericht des Jobcenters Halle (Saale)
8. Beschlussvorlagen
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
11. Mitteilungen

11.1. Information über die aktuelle Situation auf der Silberhöhe und Halle Neustadt

11.2. Themenspeicher

12. Beantwortung von mündlichen Anfragen

13. Anregungen

Sie wies darauf hin, dass eine Anwesenheitsliste im Umlauf ist, wo jedes Mitglied sich mit der Zeit, ab wann die Teilnahme an der Sitzung erfolgte einzutragen hat. Wenn klar ist, dass das Mitglied bis zum Ende der Sitzung anwesend sein wird, gleich mit hinterlegen. Wenn Mitglieder eher gehen oder verspätet kommen, haben sich diese eigenständig bei der Protokollführerin in der Liste ein- oder auszutragen. Dies ist als Nachweis der Teilnahme für die Sitzung als auch für die Zahlung des Sitzungsgeldes wichtig.

zu 3 Bestellung einer Protokollführerin
Vorlage: VI/2014/00049

Frau Ute Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass die Unterlagen den Mitgliedern vorliegen. Die Verwaltung verfährt zukünftig in der Protokollführung anders als bisher. Die stellvertretenden Protokollführer sind nicht mehr an Personen festgemacht, sondern die Stellvertretung wird immer über das Team Ratsangelegenheiten abgesichert. Es gab keine Anfragen, so dass Frau Haupt zur Abstimmung aufrief.

Beschlussvorschlag:

Im Einvernehmen mit dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestellt der Oberbürgermeister Frau Uta Rylke als Protokollführerin. Die Stellvertretung wird durch das Team Ratsangelegenheiten abgesichert.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 4 Genehmigung der Niederschrift vom 05.06.2014

Frau Ute Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, ob es Widerspruch zur Niederschrift gibt. Dies war nicht der Fall.

Frau Wagner, Fraktion der Alternative für Deutschland, fragte an, wie sich das mit dem Stimmenverhältnis „einstimmig zugestimmt, 1 Enthaltung“ verhält.

Frau Haupt erläuterte, dass Enthaltung keine Gegenstimme ist, sich nur der Stimme enthalten wird und somit ist das Abstimmungsergebnis „einstimmig zugestimmt“.

Sie rief jetzt zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

5 Enthaltungen

zu 5 Vorstellung der Mitglieder des Ausschusses und des Geschäftsbereiches Bildung und der Bereiche

Es stellten sich die Ausschussvorsitzende und die Mitglieder des Ausschusses vor.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, stellte seinen Geschäftsbereich anhand einer Präsentation vor.

Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales, stellte seinen Fachbereich Soziales anhand einer Präsentation mit dessen Schwerpunktaufgaben ausführlich vor. Er wies auf den Objektsitz in der Südpromenade hin. Er sprach einige Sachen speziell an, u. a. die Thematik „Halle-Pass“. Der Halle-Pass hat in den Jahren etwas an Bedeutung verloren, weil der Fachbereich Soziales keinen direkten Zuschuss mehr zum Halle-Pass leistet, aber viele Vereine sagen, dass bei Vorzeigen des Halle-Passes Mitglieder im Verein weniger Beitrag zahlen brauchen. Er verwies auf den Antrag der Fraktionen DIE LINKE/DIE PARTEI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der auf eine starke Veränderung im Halle-Pass insofern hinzielt, dass die Bedeutung des Halle-Passes mit dem Stichwort Sozialticket sehr aufgewertet wird. Er ist mit der HAVAG da in Verhandlungen, diese müssen mit dem Mitteldeutschen Verkehrsverbund darüber sprechen. Er hofft, dass schon im Stadtrat Oktober da ein Ergebnis vorgelegt werden kann. Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) ist eine klassische Sozialhilfe für nichterwerbsfähige Menschen. Dort findet auch eine Beratung statt, mit welchen Problemen man sich an welche Stelle wenden kann. Auf einen Sachverhalt ging er Näher ein, indem er auf Zeitungsartikel zu Krisengebieten hinwies. Das sind die Flüchtlinge, welche dann auch zu uns kommen. Er stellte hierzu die entsprechenden Zahlen vor. Er geht davon aus, dass dieses Jahr ca. 1.500 Menschen in Halle (Saale) sind, die hier drunter fallen. Das stellt nicht nur seinen Fachbereich hinsichtlich der Beratung unter große Herausforderungen sondern auch das Land hinsichtlich der Finanzierung. Es müssen Gelder für die Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung gestellt werden. Er verwies auf den „Königsteiner Schlüssel“, der beinhaltet, wie die einzelne Quote in den Bundesländern ist. Dieser richtet sich nach der Einwohnerzahl aber auch nach steuerlichen Aspekten. Davon bekommt Sachsen-Anhalt 3 % und davon bekommt die Stadt Halle (Saale) 11,4 %, das kann auch weniger oder mehr sein. Einwohnerzahlen ändern sich und die Statistik wird immer aktuell angepasst. Es gab heute eine Mitteilung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, in welcher steht, dass im August 2014 17.645 Asylanträge gestellt worden sind. D.h. dann 3 % davon muss das Land übernehmen, also 531 Asylanten und davon die Stadt Halle (Saale) die 11,4 %, das wären dann 61 Asylanten, die wir in einem Monat aufnehmen müssen. Aktuell leben in der Stadt Halle (Saale) 1.054 Personen, davon 307 in Gemeinschaftsunterkünften und 847 Personen, die in eigenen Wohnungen untergebracht worden sind, die entsprechend der allgemeinen Sozialhilfe einfach und preiswert im Standard sind. Er erläuterte kurz die Begriffe zu Wohngeld und Wohnungssicherung. Herr Baus ging auf verschiedene Lebenslagen ein und erläuterte die Leistungsbereiche, die in seinem Fachbereich Soziales bearbeitet werden. Er verwies darauf, dass diese Präsentation im Session hinterlegt wurde.

Frau Kaufmann, stellvertretende Leiterin des Dienstleistungszentrums Familie, stellte das DLZ Familie kurz vor und erwähnte, dass Herr Böhnke als Leiter des DLZ Familie sich derzeit im Erziehungsurlaub befindet und sie als Ansprechpartnerin zur Verfügung steht. Sie verteilte eine Übersicht mit den Schwerpunktaufgaben der einzelnen Teams, welche sie kurz erläuterte. Frau Kaufmann sprach an, dass das DLZ Familie am Hansering 20 (direkt an der „Fahne“) ist, dort sitzt das Team Soziale Beratung. Sie wies darauf hin, dass der Eingangsbereich für die Leistungsbereiche in der W.-Külz-Straße ist, diese Teams sitzen in der 3. Etage.

Frau Ute Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, dankte für die umfangreichen Informationen, die den Mitgliedern nahebrachten, womit sich der Ausschuss in den nächsten 5 Jahren beschäftigen wird. Auch zum Haushalt wird Vieles davon eine Rolle spielen. Sie bat Frau Wildner sich den Mitgliedern vorzustellen.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, stellte sich vor und sprach an, dass im Land Sachsen-Anhalt eine kommunale Gleichstellungsbeauftragte in der Verwaltung eine Pflichtaufgabe ab 25.000 EinwohnerInnen ist. Strukturell untersteht sie dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters mit Sitz im Ratshof. Sie steht in Fragen der Chancengleichheit für Frauen und Männer zur Verfügung. Sie stellte ihre Aufgaben den Mitgliedern grob dar. Die Arbeit mit Freien Trägern, Netzwerken, mit regionalen und überregionalen Partnern, mit Fachgruppen nimmt einen Hauptanteil ihrer Tätigkeit ein. Des Weiteren vergibt sie Fördermittel an Freie Träger, die auf dem Gebiet der Chancengleichheit Projektarbeit oder auch institutionelle Arbeit leisten. Der interne Bereich ihrer Tätigkeit betrifft auch die Beschäftigten der Stadtverwaltung. Als Ansprechpartnerin der Stadtverwaltung und als Lobbyistin fungiert sie für den Bereich gleichgeschlechtliche Lebensweisen. Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich wird ebenfalls vordergründig betrieben, Informationen zu Veranstaltungen wird sie auch in diesem Ausschuss geben. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Strategie Gender-Mainstreaming spielt ebenfalls eine Rolle. Bei Rückfragen steht sie zur Verfügung.

Frau Ute Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, dankte Frau Wildner und wies darauf hin, dass der Fachbereich Gesundheit und die hier im Ausschuss teilnehmenden Beauftragten sich in einer der nächsten Sitzungen vorstellen werden.

zu 6 Benennung der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses

Frau Ute Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass es sich nicht um eine Wahl sondern die Benennung eines stellvertretenden Vorsitzenden handelt. Sie fragte nach Personenvorschlägen.

Herr Eigendorf, SPD-Fraktion, unterbreitete als Vorschlag Herrn Bernward Rothe. Es gab keine weiteren Personenvorschläge, so dass Frau Ute Haupt zur Abstimmung aufrief.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
2 Enthaltungen

Frau Ute Haupt beglückwünschte Herrn Rothe zu dessen Benennung und fragte, ob dieser die Benennung annimmt.

Herr Rothe, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), nahm das Ehrenamt als stellvertretender Vorsitzender an.

zu 7 Bericht des Jobcenters Halle (Saale)

Frau Ute Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass vor einigen Jahren hier im Ausschuss eingeführt worden ist, dass zu jeder Sitzung das Jobcenter einen Bericht zu den

aktuellen Zahlen gibt. Die Stadt Halle (Saale) ist Gesellschafter im Jobcenter und deshalb schlägt sie vor, dass dieser Bericht nach wie vor als ständiger Tagesordnungspunkt in diesem Ausschuss sein sollte. Sie begrüßte Frau Tempel zur Berichterstattung.

Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters Halle (Saale), stellte sich den Mitgliedern kurz vor. Sie bot an, dass die Aufgaben des Jobcenters in einer der nächsten Sitzungen auch vorgestellt werden können. Sie bot auch an, dass eine Sitzung im Sitzungssaal des Jobcenters gemacht werden kann, das ist die Gelegenheit sich anzuschauen, wie es dort abläuft.

Frau Tempel stellte die aktuellen Zahlen der Statistik vor, welche den Mitgliedern auch ausgelegt worden ist. Z.Zt. ist eine stabile Situation auf dem Arbeitsmarkt. Im Vergleich zum Vormonat ist im Zugang eine deutliche Reduzierung, d. h. mehr Menschen bleiben in Beschäftigung. Der Zugang aus Erwerbstätigkeit ist um 58 im Vergleich zum Vormonat gesunken. Andererseits ist ein geringer Abgang, d. h. es ist schwieriger eine Beschäftigung neu zu finden. Hier sind es 90 weniger, die eine Beschäftigung aufnehmen konnten. Das führt dazu, dass der Bestand leicht angewachsen ist. Im Vergleich zum Vormonat sind 17 Arbeitslose, eine Reduzierung der Männer und ein Anstieg bei den Frauen ist hier gegeben. Separat ausgewiesen wurde die Anzahl der arbeitslosen Ausländer, hier ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Bei den Schwerbehinderten ist ein Rückgang zu verzeichnen, was eine gute Entwicklung ist. Ein leichter Anstieg ist bei den Jugendlichen, das ist insbesondere darin zu begründen, dass im Sommer die Beendigung von Ausbildungs- oder Studiengängen war. Der Ausbildungsmarkt ist noch sehr aufnahmefähig, es sind noch viele Angebote in den Handwerksbetrieben. Bei der Auswertung der Zahlen der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ist zu sagen, hier ist ein leichter Rückgang der Bedarfsgemeinschaften gegenüber dem Juli d. J. zu verzeichnen. Sie sprach an, dass sehr viele Beschäftigungsaufnahmen im Bereich vom Servicecenter, Werbung, in der Lagerwirtschaft, ein relativ hoher Bedarf ist im Büro im Sekretariatsbereich aber auch im Bauwesen zu verzeichnen. Im Ausbildungsstellenvermittlungsbereich gibt es Schwerpunkte. Im Umkreis von Halle (Saale) sind gute Möglichkeiten im Lagerbereich aber auch in der Chemie, die Büroberufe sind auch hoch im Kurs. Gute Chancen und Möglichkeiten gibt es auch im Gesundheits-, Kranken- und Altenpflegebereich. In letzter Zeit gab es viele Veröffentlichungen zu dem Bereich in der Silberhöhe. Daraufhin hat das Jobcenter eine Abfrage zu dem Bestand an arbeitslosen Ausländern gemacht, welches sie ebenfalls zur Verfügung stellte. Was hier nicht dargestellt ist, ist der Bereich der Migranten. Diese gibt es statistisch gar nicht separat, weil natürlich, wenn diese deutsch sind, sie auch in den deutschen Statistiken sind. Sie stellte Frau Anja Gewand vor. Diese ist seit dem 01.07.14 neue Bereichsleiterin und hat einen Bereich der Leistungsgewährung übernommen und bringt heute die Ausführungen zu Bildung und Teilhabe. Das Jobcenter übernimmt hier auch einen großen Teil, nämlich für alle Kinder aus den Bedarfsgemeinschaften die in der Zuständigkeit des Jobcenters liegen. Sie verwies darauf, dass seit einiger Zeit die Grundsicherung und auch die Kosten der Unterkunft, die dem Jobcenter ausgezahlt werden, durch ein neues Leistungsprogramm errechnet und ermittelt werden.

Frau Gewand, Bereichsleiterin Jobcenter Halle (Saale), sprach an, dass sie mit dem Leistungsberechnungsprogramm Allegro anfangen würde und gab dazu ein Informationsblatt an die Mitglieder. Das vorherige Programm hieß A2LL. In der Flächeneinführung ist es jetzt seit dem 18.08.2014. Das alte System wird abgestellt zum 30.06.2015. Mit der neuen Software muss man sich erst anfreunden, es wurde schrittweise angefangen, seit April die Leistungsfälle umzustellen. Derzeit sind 6004 umgestellte Fälle von 20.000 Bedarfsgemeinschaften. Es wird versucht, so schnell wie möglich umzustellen, damit der Mehraufwand parallel in Programmen zu schauen und zu arbeiten, möglichst zeitlich begrenzt gehalten werden soll. Sie erläuterte einige Änderungen und verteilte einen Musterbescheid an die Mitglieder. In einem Bewilligungsbescheid sind die Bedarfe konkret nach der Person individuell aufgeschlüsselt. Das hat zur Folge, dass ein

Bewilligungsbescheid durchaus auch länger ausfallen kann, als bisher. Die Vorgaben des Bundessozialgerichtes waren so, das Individualprinzip lässt sich nur so umsetzen.

Zum Thema Bildung und Teilhabe (BuT) erläuterte sie, dass dieser Bereich in erheblichem Maße auch im Jobcenter vorkommt. Auf Grund einer Bundessozialgerichtentscheidung Im Februar 2010 gibt es BuT seit dem 01.01.2011. Sie verteilte eine Statistik dazu, die auch zum Jahr 2011 Bezug nimmt. Hier sind die Jahre 2011, 2012 und 2013 im Verlauf zu sehen und welcher Status derzeit im Jahr 2014 erreicht ist. Gegenüber 2011 hat sich die Anzahl der Anträge und Bewilligungen deutlich erhöht. Unter BuT fallen auch Ausflüge und Klassenfahrten. Derzeit sind 2805 bewilligt, im Jahr 2011 waren es 2431, das wird sehr stark angenommen. Hier sind auch „Versagungen“ enthalten, d.h. die Eltern haben Anträge gestellt, wo der Ausflug oder die Klassenfahrt dann doch nicht stattgefunden hat. Demzufolge wird dem Antrag nicht entsprochen und das wird als „Versagung“ bezeichnet.

Sehr stark zugenommen hat auch die Lernförderung. Im Jahr 2013 lagen 422 Anträge vor, zum jetzigen Zeitpunkt liegen bereits 409 Anträge hier vor. Ein großes Thema ist auch die Mittagsversorgung, das wird auch gut in Anspruch genommen. Das kann aber noch mehr in Anspruch genommen werden, hier müssen Eltern noch besser erreicht werden. Die Teilhabe im sozialen und kulturellen Leben wird auch gut angenommen. Sie erwähnte die Zusammenarbeit mit der Stadt Halle (Saale) als sehr gut und angenehm.

Frau Ute Haupt, Ausschussvorsitzende, dankte für die Berichterstattung und ließ Nachfragen zum Bericht zu.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte zu den Zahlen Bildung und Teilhabe an, da diese verwirrend sind. Antragseingänge müssten doch dieselbe Zahl ergeben wie die Zahlen von Bewilligung, Ablehnung, Versagung und Verzicht? Wieso ist hier eine Differenz? Bspw. die Leistung zur Lernförderung . Hier steht 2013 waren 422 Anträge und wenn Bewilligung, Ablehnung, Versagung und Verzicht zusammengezählt wird, kommt er auf 385.

Frau Gewand sprach an, dass es sein kann, dass noch Anträge in der „Pipeline“ hängen, dass diese noch nicht bewilligt sind. Es gab einen Stichtag 31.08.14. Sie wird das prüfen.

Herr Kieslich, DIE LINKE/DIE PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), fragte nach der Anzahl der Schwerbehinderten, da die Zahl 11.046 sicher nur die offiziellen Zahlen sind. Die Personen, welche in Maßnahmen etc. sind, werden hier sicher nicht dabei sein.

Frau Tempel antwortete, dass es sich um die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen, nach der Definition der Bundesagentur, handelt. Darüber hinaus gibt es noch Menschen, die zwar im Jobcenter im Leistungsbezug stehen, da gibt es ganz verschiedene Personengruppen oder Personen, die sich in Maßnahmen befinden, die nicht in der Statistik dargestellt werden. Auch krankgeschriebene Personen sind in dieser Statistik nicht mit erfasst. Sie sagte zu, die Zahlen zum nächsten Mal mitzubringen.

Frau Wagner, parteilos, fragte zur Tabelle Lernförderung nach. Die Auftragseingänge werden teilweise noch in einem Jahr eingehen und die Reaktion darauf wird erst im Folgejahr sein. Im Jahr 2011 sind viel weniger Reaktionen, aber 2012 sind wieder mehr als eingegangen sind.

Frau Gewand sprach an, dass es durchaus sein kann, dass noch Rechnungen nachträglich kommen. Das wird als Frage mitgenommen.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 8 **Beschlussvorlagen**

Frau Ute Haupt, Ausschussvorsitzende, stellte fest, dass keine Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung anstehen.

zu 9 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Frau Ute Haupt, Ausschussvorsitzende, stellte fest, dass keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vorliegen.

zu 10 **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Frau Ute Haupt, Ausschussvorsitzende, stellte fest, dass keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vorliegen.

zu 11 **Mitteilungen**

Frau Ute Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass aus aktuellem Anlass eine Mitteilung zur Situation auf der Silberhöhe und Halle Neustadt erfolgen soll. Sie erteilte Herrn Baus das Wort hierzu.

zu 11.1 **Information über die aktuelle Situation auf der Silberhöhe und Halle Neustadt**

Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales, informierte aktuell ausdrücklich das Problem für seinen Fachbereich Soziales. Es ist natürlich ein übergreifendes Problem, was mehrere Behörden innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung tangiert. Er möchte nur zum Sozialbereich sprechen. Er hört oft, dass die Ansicht vertreten wird, dass Menschen aus anderen Ländern herkommen, um nur die Sozialhilfe „zu kassieren.“ Das ist natürlich eine falsche Auffassung. Wer in Deutschland einreist, um nur Sozialhilfe zu bekommen, dem wird die Sozialhilfe verwehrt. Das ist Deutsches Recht. Evtl. könnte man beim Jobcenter Leistungen beantragen. Dort bekommt man nur Mittel, wenn man nicht erwerbsfähig ist. Da ist aber dasselbe Prinzip, wer nicht vorher gearbeitet hat oder nur nach Deutschland kommt, um Sozialhilfe erhalten zu wollen, bekommt kein Geld. Durchaus könnte ein Problem sein, was sich durch alle Bevölkerungsgruppen zieht, wenn die Leute ihre Miete nicht zahlen und Obdachlosigkeit droht. Dann kommt der Fachbereich Soziales ins Spiel. Dann wird auf das Haus der Wohnhilfe hingewiesen.

Frau Ute Haupt, Ausschussvorsitzende, bat die Beauftragte für Migration und Integration hier auch aktuell um einige Worte.

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, sprach an, dass in letzter Zeit eine höhere Zuwanderung zu verzeichnen ist. Zum einen gibt es Zuwanderungen aus Gründen der Asylbewerber, hierzu hatte bereits Herr Baus sich geäußert. Aber es gibt auch eine höhere Zuwanderung durch das Freizügigkeitsgesetz. Dieses Gesetz erlaubt, dass Menschen aus den EU-Ländern nach Deutschland kommen können, auf Grund der Arbeitssuche. Das Freizügigkeitsgesetz existiert bereits längere Zeit, aber seit Januar 2014 sind zwei Länder dazugekommen. Einmal das Land Bulgarien und das Land Rumänien. D.h. Menschen aus diesen Ländern dürfen nach Deutschland zuwandern, aus Gründen der Arbeitssuche. Sie bekommen auch keine Zuwendung, d. h. sie haben ihren täglichen Unterhalt selbst zu bestreiten. Eine Zuwanderung aus europäischen Ländern ist in Halle Neustadt eher aus dem Grund der Asylbewerbung, dort wird Wohnung gesucht und Wohnung gefunden. In der Silberhöhe ist eine Zuwanderung vor allem aus Rumänien. In den letzten Jahren haben wir in Halle (Saale) schon immer Bürger aus Rumänien gehabt, das waren ca. 54 Menschen. Wir haben zum 06. Juli 2014 eine Zuwanderung aus Rumänien von 153 Menschen. Es wird von dem Sozialraum Silberhöhe gesprochen, d.h. Silberhöhe/Ammendorf, da gibt es über 22.500 Bürger und davon sind 800 Menschen, die den Titel Ausländer tragen. Im Stadtgebiet Halle (Saale) hat sich insgesamt durch die Zuwanderung etwas geändert. Im letzten Jahr waren 3,8-3,9% Ausländer und ca. 6,4 % Migranten. Sie erörterte den Begriff „Migranten“ näher. Auf Grund der Zuwanderung gab es eine Änderung 2014. Z.Zt. sind 11.500 Ausländer in der Stadt Halle (Saale), das sind ca. 4,9%. Bei den Migranten sind es derzeit ca. 8,2 % - das sind ca. 17.000 Personen. Im Vergleich zu unserer Einwohnerzahl in unserer Stadt von 232.000 Menschen sind ca. 11000 Ausländer laut dem Zuwanderungsgesetz hier lebend.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), äußerte sich dahingehend, heute andere Informationen unter diesem TOP vermutet zu haben. Er hatte erwartet, dass zu der derzeit aktuellen Situation berichtet wird. In den Medien ist zu lesen, dass in der Silberhöhe Bürgerwehren errichtet werden oder Leute patrouillieren wollen. Darauf wurde jetzt nicht eingegangen. Er hätte erwartet, dass Aussagen getroffen werden, wie man dem entgegenwirken will. Auch wenn Frau Schneutzer Zahlen genannt hat, welche im Vergleich zu den Bürgern der Stadt sehr gering klingen, die Wahrnehmung ist eine Andere. Er sprach als Beispiel die Situation in Neustadt Am Treff an. Dort entsteht der Eindruck, dass jede zweite Person Ausländer ist. Er hätte sich dazu Informationen gewünscht.

Frau Schneutzer sprach zum Bereich der Migration an, dass die geschilderte Situation Am Treff richtig ist. Dort sind viele Nationalitäten vertreten. Es sind dort nicht nur EU-Zuwanderungen. Es sind dort Zuwanderungen aus Syrien, aus Mali etc. In der Silberhöhe ist die Situation anders. Dort sind Zuwanderer aus Rumänien seit März diesen Jahres. Im Januar ist das Freizügigkeitsgesetz in Kraft getreten. Ein Problem sind die fehlenden Sprachkenntnisse, um sich verständigen zu können. Da wurden jetzt Möglichkeiten gefunden. D.h. dass Am Treff als auch in der Silberhöhe die Sprache aller Menschen, die dort leben und die die Sprache nicht verstehen, vermitteln zu können. Es sind Menschen, die zu uns kommen, die das dürfen, da sie auf Arbeitssuche sind. In der Silberhöhe sind 54 Personen, das sind nicht viel. In den anderen Stadtteilen sind die Menschen dort hingezogen, wo sie ihre Sprache finden, um kommunizieren zu können, Beispiel Neustadt. Die Bürgerinitiative ist an sie herangetreten und es gab einen Termin, der war auch auf der Facebook-Seite. Es wurde über die Situation auf der Silberhöhe gesprochen, auch wie man den Menschen helfen kann, damit man kommunizieren kann. Es gab unterschiedliche Maßnahmen. Es sollte Kontakt mit allen Familien aus der Silberhöhe aufgenommen werden, die aus Rumänien kommen. Es war auch die Frage, welche Möglichkeiten haben diese tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt, da auch Kenntnisse fehlten, wie dieses

Freizügigkeitsgesetz läuft. Es gab eine Zusammenkunft, die den Bürgern aus den EU-Ländern angeboten worden sind für Fragen zur Freizügigkeit. Hier standen Caritas und das Sozialkaufhaus zur Verfügung. Es waren über 45 Bürger aus den EU-Ländern da, die Fragen hatten, welche beantwortet wurden. Es war auch ein Mitarbeiter der Ausländerbehörde dabei, der die Frage der Freizügigkeit geklärt hat. Wie lange kann man in Deutschland bleiben, wie lange ist die Arbeitssuche, wie lange ist die Finanzierung, muss ich wieder ausreisen oder kann ich bleiben. Es waren viele Fragen, die beantwortet wurden. Vom Jobcenter waren Mitarbeiter da, es war die Beauftragte für Chancengleichheit mit Mitarbeitern da. Diese haben klar gesagt, welche Möglichkeiten es auf dem Arbeitsmarkt gibt und wie das Jobcenter unterstützen kann. Es waren nicht nur Menschen aus Rumänien bei der Veranstaltung. Es leben auch noch andere Menschen auf der Silberhöhe und Ammendorf. Es war die EURO-Schule mit vor Ort, es ging um Sprachbedingungen. Die HWG war mit anwesend, weil auch bei diesen viele Fragen aufgelaufen waren. Es konnten dort vor Ort viele Fragen an die HWG gestellt werden. Vom Fachbereich Soziales war Herr Baus da und dieser hat dargestellt, welche Möglichkeiten es durch seinen Sozialbereich gibt und welche nicht. Es wurde Beides erörtert. Die Migrationsstelle von Caritas stand hier zur Verfügung und es wurde erörtert, wo man sich hinwenden kann, wenn Hilfe oder Unterstützung benötigt wird oder wo die rechtlichen Möglichkeiten eines EU-Bürgers erörtert wurden. Die Geschäftsführerin der Caritas stand für diese Gespräche an dem Tag mit zur Verfügung. Der Fachbereich Sicherheit war ebenfalls vertreten. Ganz offen wurde hier auch die Frage der Ruhezeiten erörtert. Diese Frage wurde auch von den Bürgern oft gestellt, da in anderen Ländern die Ruhezeiten anders sind und anders gehandhabt werden. Hier wurden die Ruhezeiten in Deutschland besprochen. Einmal die Ruhezeiten, die ein Mieter in dem Haus einzuhalten hat aber auch die Ruhezeiten im Außenbereich (Öffentlichkeitsbereich). Dies ist immer auf den Bereich Migration zu sehen.

Herr Schachtschneider fragte, ob die Thematik Sauberkeit auch erörtert worden ist.

Frau Schneutzer antwortete, dass es mehrere Gespräche hierzu auch mit der HWG in den letzten Monaten gab. Es wurde durch die HWG die eindeutige Aussage formuliert, auch im Beisein der Initiative, dass es keine zusätzliche Vermüllung in der Silberhöhe gibt.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass Frau Schneutzer zu den Maßnahmen der Stadt gut informiert hat. Sie wies darauf hin, dass es auch andere hallesche Bürger gibt, die Ordnung und Sauberkeit in der Stadt nicht einhalten. Sie appellierte an die Medien auch mal über die Maßnahmen, die durch die Stadtverwaltung oder städtische Unternehmen getroffen wurden, berichtet wird. Die Berichterstattung erfolgt hierzu immer sehr einseitig.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, dankte Frau Schneutzer für deren Arbeit bei der Koordinierung und Moderation bei diesem Prozess. Er sprach an, was im Geschäftsbereich Bildung und Soziales hier noch erfolgt. Es gibt die Schulpflicht. Es wird erwartet, dass die Kinder, die hier sind und egal aus welchem Teil Europas diese kommen, zur Schule gehen. Es gibt die Erwartung, dass die Kinder auch lesen können. Es wurde festgestellt, dass verschiedene Informationen, auch Regeln, natürlich mehrsprachig gemacht werden müssen. Die HWG wurde darauf auch angesprochen. Regeln können nur eingehalten werden, wenn diese auch gelesen werden können. Wohnungen, die als angemessen angesehen werden, stehen in der Stadt an verschiedenen Stellen zur Verfügung. Von Seiten Kindertagesstätten, Schulen, der Sozialberatung bis hin zur Gesundheitsberatung ist ein starkes Interesse, nicht nur für diese Bevölkerungsgruppe sondern auch andere Gruppen die Beratung pass- und zielgenau zu machen, dass die gleichen Standards gehalten werden können, aber auch, dass Probleme zeitnah erkannt und abgebaut werden können. Er bot an, hier auch für Gespräche zur Verfügung zu stehen. Es gibt klare Regeln und die werden eingehalten.

Frau Ute Haupt sprach an, dass die Thematik uns sicher auch weiter beschäftigen wird. Sie wies auf die funktionierende Netzwerkarbeit in der Stadt hin. Es stehen auch noch Gespräche an, dies läuft ja weiter.

zu 11.2 Themenspeicher

Frau Ute Haupt teilte mit, dass es in diesem Ausschuss einen Themenspeicher gibt. Hier wird aufgenommen, was an Anregungen kommt und mit welchen Themen sich dieser Ausschuss beschäftigen soll. Heute wurde dieser noch nicht ausgelegt. Sie möchte zum derzeitigen Stand mündlich informieren.

Für Oktober sind die Themen Haushaltsberatung, Vorstellung Schulobstprogramm, ohne Terminbenennung steht noch an: der Bericht zum damaligen Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Bekämpfung von Armut im Alter; der Sucht- und Psychiatriebericht; Besuch Mehrgenerationenhaus „Pustebblume“, konfessioneller Einrichtungen und der Jüdischen Gemeinde. Letzterer steht für die Dezembersitzung als Örtlichkeit fest. Es müsste noch weiter terminiert werden bei den noch offenen Sachen und der Themenspeicher kann noch weiter fortgeschrieben werden. Sie möchte darauf hinweisen, dass die Ausschüsse angehalten worden sind, möglichst hier im Stadthaus zu tagen. Es wurde damit begründet, dass hier im Stadthaus technisch die Voraussetzungen für die papierlose Ratsarbeit gegeben sind. Wenn heute Anregungen für die Sitzungen sind, wird dies bereits mit aufgenommen und terminiert und wird monatlich immer mit aufgerufen.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), wies darauf hin, dass der Begriff „konfessioneller Einrichtungen“ damals nicht so gefallen ist. Das Islamische Kulturzentrum wird als soziale Einrichtung gesehen, so sollte dies auch im Ausschuss hier kommuniziert werden. Soziale Einrichtungen können auch einen Träger haben, welcher konfessionsgebunden ist.

Dem Hinweis stimmte **Frau Haupt** so zu.

zu 11.3 Weitere Mitteilungen

Frau Ute Haupt, Ausschussvorsitzende, teilte mit, dass heute zwei Plätze im Ausschuss frei sind. Für heute sind beide Personen entschuldigt. Vor längerer Zeit wurde hier im Ausschuss geregelt, dass Herr Dorn vom Seniorenbeirat und Frau Schubert von der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege als Sachverständige in den Ausschuss mit eingeladen werden und einen Sitzplatz mit am Tisch haben. Diese haben kein Antrags- und Rederecht. Es geht darum, dass diese bei Sachfragen Rederecht vom Ausschuss erhalten. Sie empfiehlt diese Regelung für diesen Ausschuss so beizubehalten.

Mitteilungen zu stattfindenden Veranstaltungen:

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte:

| | |
|------------|----------------------------|
| 01.10.2014 | Tag gegen Brustkrebs |
| 11.10.2014 | Internationaler Mädchentag |

Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter:

27.09.2014 11. Bundesweite Rehatag von 10.00 – 15.00 Uhr Salzgrafenplatz

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration:

22.09. Eröffnung der Interkulturellen Woche von 14.00 – 18.00 Uhr
mit der Auftaktveranstaltung an der Skaterbahn in Halle Neustadt
bis 27.09.2014 laufende Veranstaltungen sind dem Programmheft zu entnehmen

Frau Satenik Roth, sachkundige Einwohnerin, ergänzte, dass die „Nacht der Migrantenorganisationen“ am 18.10.2014 ab 16.00 Uhr stattfindet.

Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte:

15.09.2014 Hallesche Aktionstage Alternative
Eröffnung 18.00 Uhr in der Stadtbibliothek

Frau Ranft , Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale), regte an, dass die Veranstaltungen zukünftig im Block gesammelt werden und hier nicht detailliert sondern nur mit Datum und Thema vorgestellt werden. Das ist ansonsten zu lang, so wie es heute hier erfolgte. Die Einladungen sind auch im Verteiler. Sie bat auch im Interesse der papierlosen Ratsarbeit darum, dass kein Papierexemplar hier noch vorgelegt sondern das nur per E-Mail versendet wird. Das sind jetzt zu viele Informationen.

Frau Ute Haupt sprach an, dass jetzt nach Juli nicht mehr getagt worden ist und Jeder seine Informationen jetzt loswerden wollte. Es wird geschaut, wie zukünftig verfahren werden kann.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte noch zur Veranstaltung der Stasibeauftragten des Landes am 15.09.2014, 19.00 Uhr „Disziplinierung durch Medizin“.

zu 12 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Zu 12.1 Mündliche Anfrage von Herrn Eric Eigendorf

Herr Eigendorf, SPD-Fraktion, fragte zur Präsentation von Herrn Baus zum Fachbereich Soziales an. Herr Baus hatte von einem immensen Fallaufwuchs im Bereich Migration gesprochen. Geht damit ein Personalaufwuchs einher oder wie wird dies mit dem vorhandenem Personal „gestemmt“. Damit verbunden, gab es im Fachbereich Soziales eine Organisationsanalyse, um zu schauen, wie die Belastung etc. dort ist. Gibt es da schon Ergebnisse?

Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales, antwortete, dass hier ein Stellenaufwuchs kommen muss.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erläuterte, dass es Untersuchungen gibt, die der Ausschuss für Personalbedarfsplanung damals angeregt hatte und die verschiedene Bereiche des Sozialdezernates betreffen. Bsp. Den Sozialbereich und

Teile des Fachbereiches Bildung, Soziale Dienste usw. Die Untersuchung läuft und ist noch nicht abgeschlossen. Ein Zwischenbericht wird demnächst in die Verwaltung kommen, der Endbericht ist für Ende Oktober vorgesehen. Die Schwierigkeiten der Mitarbeiter bei so stark anwachsenden Herausforderungen (Asylbewerber doppelte Zahl) wird bei jeder Untersuchung immer wieder sichtbar. Das Personal war für 35 Personen geplant, jetzt sind wir bereits bei 70 Personen pro Monat in der Aufnahme und die Zahlen sind weiterhin ansteigend. Jede Untersuchung hat seine Grenze, wesentlich waren die Zahlen vom Jahr 2013 also hat uns bereits die Zeit wiedermal überholt.

Herr Eigendorf bat darum, dass dieses Thema in den Themenspeicher November mit aufgenommen wird.

Zu 12.2. Mündliche Anfrage von Frau Elisabeth Krausbeck, sachkundige Einwohnerin

Frau Krausbeck, sachkundige Einwohnerin, fragte ebenfalls zur Personalausstattung hinsichtlich der Asylbewerberzahlen an. Sie möchte die Aufstockung noch kompensiert bekommen. Sie fragte nach dem Schlüssel für die SozialarbeiterInnen im Asylbewerberverfahren an, gibt es hier einen veränderten Schlüssel oder einen Personalaufwuchs?

Herr Baus, antwortete, dass zwei Stellen vom Land kommen sollen. Die zwei Personalstellen gibt es eigentlich nur, wenn die Stadt mehr als 10% Zuweisungen hat. Was das Land dabei nicht berücksichtigt ist, von was die 10%? Der Schlüssel der 2008 gemacht worden ist, ging noch von 300 Fällen aus, jetzt sind wir plötzlich bei 700. Das ändert sich nicht. Der Schlüssel bleibt gleich, d. h. es gibt nur 2 Stellen.

Frau Schneutzer sprach an, dass das Innenministerium zugesagt hat, dieses Thema im Herbst nochmals aufzugreifen. Also die Frage des Schlüssel und der Zunahme, vor allem geht es hier um die Beratung nach Landesaufnahmegesetz. Da haben wir zurzeit zwei komplette Stellen.

Zu 12.3. Mündliche Anfrage von Frau Melanie Ranft, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Krausbeck, sachkundige Einwohnerin, fragte nach dem Stand von Schulsozialarbeit ab 2015 die über Bildung und Teilhabe finanziert wird.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach an, dass hierzu Frau Ranft schon vorab der Sitzung die Verwaltung angefragt hat. Die Frage lautete: Welche Überlegungen gibt es vonseiten der Verwaltung, die über Bildung und Teilhabe finanzierten Stellen im Bereich Schulsozialarbeit ab dem Jahr 2015 fortzuführen? Er antwortete, dass für die Schulsozialarbeit im Rahmen von Bildung und Teilhabe seit dem Jahr 2012 bis zum heutigen Stand 4,1 Mio. Euro Bundesmittel der Stadt Halle (Saale) zur Verfügung gestellt wurden. Diese Mittel waren zusätzlich und waren von vornherein befristet bis zum 31.12.2013 avisiert und finanziert. Die inhaltliche Ausrichtung ist stark auf Bildung und Teilhabe fokussiert, d. h. nicht der normale Schlüssel nach § 13 KJHG sondern hier geht es ganz klar um die Teilhabe und die Akzeptanz dieser Pakete und deswegen sind in diesem Bereich auch so gute Ergebnisse. Eine Fortsetzung ist auf Bundesebene zurzeit nicht angedacht. Eine Kompensation bei Wegfall der Finanzierung seitens der Kommune ist nicht vorstellbar. Derzeit kann aus kommunalen Mitteln das Angebot nicht fortgesetzt werden, allerdings ist seitens des Landes eine neue Förderperiode der EU angekündigt. Die Mittel der Stellen von Schulsozialarbeit, die seitens des Landes gefördert werden, sollen deutlich aufgestockt werden. Die Verwaltung geht davon aus, dass ein Teil der wegfallenden Stellen damit kompensiert werden kann, bisher liegt der Verwaltung noch keine Förderrichtlinie aus

dem Bereich des ESF für die Schulsozialarbeit vor. Es wird informiert, sobald Weiteres dazu bekannt ist.

zu 13 **Anregungen**

Herr Bönisch, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), sprach an, dass ihm nicht bekannt war, dass es die beiden Sachverständigen Frau Schubert und Herr Dorn hier im Ausschuss gibt. Für den Bildungsausschuss und den Sportausschuss wurde eine Regelung getroffen, dass solche Personen, welche ständig im jeweiligen Ausschuss mit dabei sein sollen, als sachkundige Einwohner durch eine Fraktion benannt werden. Dies sollte auch hier ganz regulär über diesen Weg für diese beiden Personen erfolgen. Er kann für die CDU/FDP sagen, dass diese es auch hier so gern machen würden und Jemanden übernehmen, als sachkundigen Einwohner zu nennen. Das ist seine Anregung, damit dies ordentlich abläuft. Die Thematik muss nochmal im Zuge der Hauptsatzung mit angefasst werden.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, sicherte zu, diese Anregung aufzunehmen und weiterzugeben.

Herr Czock, sachkundiger Einwohner, sprach an, dass, wie heute angesprochen, sich in der nächsten Sitzung der Fachbereich Gesundheit dem Ausschuss vorstellen wird. Er regte an, das Thema Betrieblicher Arbeits- und Gesundheitsschutz als Bericht für den Ausschuss mit aufzunehmen. Er hatte dies in der letzten Sitzung schon angesprochen. Was hat die Stadtverwaltung inzwischen da getan? Seit 18 Jahren haben die Stadtverwaltung und der Personalrat hier nichts gemacht. Es fand keine Sitzung statt usw. Was wurde da jetzt in den 3 bis 4 Monaten unternommen, seit dies angesprochen worden ist?.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach an, dass die Thematik Betrieblicher Arbeits- und Gesundheitsbereich im Personalausschuss dann eigentlich der normale Gegenstand ist, als Aufgabe des Geschäftsbereiches Personal und Verwaltungsmanagement für das eigene Personal. Der Fachbereich Gesundheit richtet sich hier quasi nach außen hin und nicht für den Bereich der Mitarbeiter. Das Thema gehört in den zuständigen Bereich. Dies wird entsprechend weitergeleitet.

Als weiteres Thema sprach **Herr Czock** an, dass der Psychatriebericht kommen sollte. Ist damit gemeint, dass auch der Drogenbericht dann kommen soll? Dieser war ja jetzt vorgesehen.

Frau Ute Haupt sprach an, dass dies in diese Richtung gehen soll. Sie beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

Tobias Kogge
Beigeordneter

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführer/in